Dr. Pfund's Milch-Seife
Dresden.

Dresdner Nachrichten

41. Jahrgang. Dresden, 1896.

Julius Beutler, Dresden, **Wallstr. 15**,
empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen und **Herde, Haus-, Küchen-** und **Landwirthschafts-Geräthe.**

Photographische **Apparate** in reichster Auswahl bei **Emil Wünsche** Moritzstr. 20 (Nähe der Maximilians-Allee).
Ausführlicher Catalog nach auswärts gegen 20 Pfg. in Briefmarken.

C. Heinrich Barthel
Putz- und Modewaarenhaus
Fernsprecher I, 3890 Waisenhausstr. 30 Fernsprecher I, 3890
Eigene Filzhutfabrik – Neueste Modelle.

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn, Kgl. Hoflieferanten,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

Solide, elegante deutsche und **englische Tuchwaaren**
empfiehlt in grossartigster Auswahl billigst **C. H. Hesse**, 20 Marienstrasse 20, Ecke Margarethenstrasse (3 Raben).

Nr. 315. Spiegel: Interpellation des Centrums. Hofnachrichten. Hofprediger Rüling. Stadtverordnetensitzung. „Liederkreis-Harmonie", Kreisausschuß. Gerichtsverhandlungen. Kgl. Konservatorium. | Muthmaßliche Witterung: Heiter, Frost. | **Sonnabend, 14. Novbr.**

Politisches.

Das Centrum hat mit seinem Versuche, den Baumeister des Deutschen Reiches durch eine Kundgebung der Reichstagsmehrheit zum Verräther an der Monarchie und am Vaterlande erklären zu lassen, einen kläglichen Rückzug antreten müssen. Soeben noch verkündeten in brüderlicher Uebereinstimmung mit den Richter'schen und den Singer'schen Demagogen die ultramontanen Organe, daß der „höchste Rath deutscher Nation", der Reichstag, über den Fürsten Bismarck zu Gericht sitzen werde, um dem Kaiser Schutz zu gewähren und das „Vertrauen des Auslandes auf die vielgepriesene deutsche Treue" wieder zu Ehren zu bringen. Am letzten Sonntag hatte in Wiesbaden der Mußpreuße Lieber, das voraussichtliche Ergebniß der Centrumsinterpellation zusammenfassend, mit triumphirender Miene erklärt: Das Bismarck-Drama werde damit enden, daß sein Held, der u. A. demonstrativer Revolutionär genannt wird, als ein vergessener, verachteter Mann sterbe. Was der Führer der ultramontanen Demokratie mit den Ergüssen seines brutalen Hasses und die Centrums-Interpellation in ihrer ursprünglichen, direkt gegen den großen Kanzler gerichteten Fassung beabsichtigten, liegt auf der Hand: man war in dem Wahne befangen, daß man der an allerhöchster Stelle und in den maßgebenden Regierungskreisen herrschenden Stimmung Rechnung trage, und man wollte sich als treuester Schützer des Thrones und als festeste Stütze der Regierung aufspielen. Inzwischen muß plötzlich ein vollständiger Situationswechsel eingetreten sein. Die übereifrigen Epigonen des Welfen Windthorst haben sich vermuthlich von der Falstaff'schen Wahrheit überzeugen lassen, daß Vorsicht das bessere Theil der Tapferkeit ist, und so wurde denn schleunigst beschlossen, der Interpellation, über welcher die Fraktion am Dienstag von früh bis tief in die Nacht gebrütet haben soll, sorgsam jeden Giftzahn auszubrechen und so zahm zu gestalten, daß selbst — Fürst Bismarck damit zufrieden ist. Am Mittwoch hat Dr. Lieber die Interpellation umgearbeitet; der Wortlaut soll ein vollständig anderer geworden sein, als derjenige war, als er am Sonntag seine Rede in Wiesbaden hielt. An demselben Tage hatte die „Köln. Volksztg." deutlich zu verstehen gegeben, daß die Interpellation keinen anderen Zweck haben könne, als die Gelegenheit zu bieten, den Fürsten Bismarck als Landesverräther zu brandmarken; jetzt hat das Jesuitenblatt die Stirn, zu versichern: „Für das Centrum kann es sich bei der Interpellation natürlich nicht mehr darum handeln, auf den Fürsten Bismarck wegen seines Verraths diplomatischer Geheimnisse besonders große Steine zu werfen."

Selten wohl haben Lüge und Heuchelei, die das Wesen der ultramontanen Taktik ausmachen, sich selbst in so widerwärtiger Schamlosigkeit enthüllt, als in der Vorgeschichte der ursprünglich anti-bismarck'schen Centrumsinterpellation. Indeß der jesuitische Charakter des Centrums ist ja zur Genüge bekannt; interessanter wäre es, feststellen zu können, aus welchen Gründen die ultramontanen Helden auf einmal die Retirade angetreten haben. Sollte etwa die Erwägung bestimmend gewesen sein, daß die ganze Kanonade gegen den Schloßherrn von Friedrichsruh, von der man nicht sagen kann, ob sie wahnwitzig dumm oder wahnwitzig gemein ist, schließlich doch mit einer erbärmlichen Blamage enden müsse? Die „Köln. Volksztg." meint in der That, nur dem Altreichskanzler im Sachsenwald würde der größte Gefallen geschehen, wenn er selbst zum Mittelpunkt der Verhandlung würde und seinen Freunden die erwünschte Gelegenheit gegeben wäre, seine Politik auf Kosten seiner Nachfolger zu loben. Darnach scheint man sich in ultramontanen Kreisen wohl doch nicht ganz der Erkenntniß zu verschließen, daß es unmöglich ist, irgend Jemandem einreden zu wollen, daß die eminent friedliche Politik des Fürsten Bismarck mit der doppelten Friedensgarantie des Dreibunds und des Neutralitätsvertrags mit Rußland treulos gewesen sei. Und ein ungeheures Gelächter würde doch nur von Kronstadt bis Paris erschallen, wenn Dr. Lieber das salbungsvolle Loblied, das er in Wiesbaden auf Caprivi dichtete, wiederholen und den Mann, der in allen Stücken gegen die bewährte Bismarck'sche Politik gehandelt hat, als das Ideal eines bewundernswürdigen Staatsmanns preisen wollte. Vielleicht ist Herrn Lieber die Einsicht beigebracht worden, daß er im Reichstag nicht ein so dummgläubiges Publikum finden möchte wie in Wiesbaden, wo er es ungestraft wagen durfte, auszurufen: „Ging es Bismarck nach, so hätten wir morgen schon die Auflösung des Dreibunds und morgen den europäischen Brandkrieg. Meine Ueberzeugung ist, daß es heute Pflicht eines Jeden ist, der sich deutsch nennt, sich an die Seite des Kaisers zu stellen!" Im Reichstag könnte doch wohl einer der Führer der nationalen Parteien den Muth besitzen, die niederträchtige Heuchelei dieses ultramontanen Patriotismus an den Pranger zu stellen und darzuthun, daß Niemand anders in Deutschland fortgesetzt an dem Dreibund rüttelt, als das Centrum, indem es Jahr aus Jahr ein auf seinen Parteitagen die Wiederherstellung der weltlichen Papstherrschaft fordert, ein Verlangen, das im schroffsten Widerspruch zu der Voraussetzung des Dreibunds steht. Im Uebrigen läßt der Rückzug der Ultramontanen darauf schließen, daß sie bei ihrer Absicht, die Interpellation zu einer Lästerung des Fürsten Bismarck im großen Stile auszubeuten, von oberher mindestens keine Ermunterung erfahren haben; vielmehr ist es angesichts der nahen Beziehungen, welche das Centrum als ehemalige Regierungspartei des Grafen Caprivi auch heute noch in maßgebenden Kreisen besitzt, nicht unwahrscheinlich, daß die Lieber und Genossen einem zarten Winke aus höheren Sphären folgend sich wohlweislich begnügt haben, die Interpellation so zu gestalten, daß sie damit nicht in Ungnade fallen. Die „Kreuzztg." schließt sogar aus der vorliegenden Fassung der Interpellation, daß sie den Wünschen des Reichskanzlers begegnet. Diese Annahme steht jedoch im Widerspruch zu der mit ziemlicher Sicherheit auftretenden Meldung, daß die Regierung auf die Interpellation die Erklärung abgeben werde, sie sei nicht in der Lage, auf die gestellten Fragen eine Antwort zu ertheilen. Die Ultramontanen setzen so wenig Vertrauen auf den Verlauf ihrer Anfrage, daß sie für diesen Fall einen Antrag auf Besprechung nicht stellen werden.

Fürst Bismarck darf somit schon heute mit Genugthuung auf die Wirkung blicken, welche die Kundgebung der „Hamb. Nachr." über den deutsch-russischen Vertrag gehabt hat. Mit dem ruhigen Bewußtsein, seine Vaterlandsliebe von Neuem bethätigt zu haben, darf er der Interpellation entgegensehen, gleichviel ob sie von der Regierung einer Antwort gewürdigt und durch den Reichstag besprochen wird. Aus dem wilden Kampfe, den die Feinde innerhalb und außerhalb des Deutschen Reiches gegen ihn entfacht haben, wird er als Sieger hervorgehen. Wie sehr er sich seiner Ueberlegenheit bewußt bleibt, beweist die Aeußerung, die er in befreundeten Kreisen gethan hat: „Ich muß doch dem Deutschen Reiche und der Monarchie gute und wirksame Dienste erwiesen haben, daß die Gegner noch heute, nachdem ich sechs Jahre nicht mehr im Dienste bin, einen so rachsüchtigen Haß gegen mich empfinden."

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 13. Novbr.

Berlin. Reichstag. Die Berathung der Justiznovelle wird bei § 78, welcher von der Zuständigkeit der Strafkammern handelt, fortgesetzt. Die bisher den Schwurgerichten zur Aburtheilung übertragenen Delikte: Intellektuelle Urkundenfälschung, gewisse Verbrechen im Amt, gewinnsüchtige Beamtenurkundenfälschung, sowie die mit einer Buch- ꝛc. verbundenen Beamtenunterschlagung, sowie den betrügerischen Bankerott, hat die Vorlage den Strafkammern überwiesen. Auch die Kommission hat dem zugestimmt. Ein Antrag Munckel will alle diese Delikte den Schwurgerichten belassen. — Abg. Lenzmann (freis. Volksp.), als Referent den Beschluß der Kommission empfehlend, bemerkt, daß er persönlich allerdings mit dem Antrag Munckel sympathisire. — Geh. Rath Lukas bittet, es bei den Beschlüssen der Kommission zu lassen. Es handle sich gerade hier um sehr schwierige Fragen, die besser von den Strafkammern abgeurtheilt wurden. — Nachdem auch die Abgg. Stephan-Beuthen (Centr.) sowie Fleischer (nat.-lib.) für die Aufrechterhaltung der Kommissionsbeschlüsse eingetreten sind, wird der Antrag Munckel abgelehnt. Dafür stimmten nur Freisinnige, süddeutsche Volkspartei und Sozialdemokraten. — Zur Berathung steht sodann ein Antrag Beckh (freis. Volksp.), den Schwurgerichten auch die Preßdelikte zu überweisen. — Abg. Beckh weist darauf hin, daß die Aburtheilung der Preßvergehen durch die Schwurgerichte in Bayern geschehe, ebenso in Württemberg und Baden. Mit welchem Jubel habe man dort seinerzeit diese Einrichtung begrüßt und wie habe sich dieselbe bewährt, sie sei ein Palladium der Freiheit. Gerade gewissen Anschauungen gegenüber in bestimmten Kreisen auch Assessorenkreisen, daß die Presse gleichsam ein Skandalprodukt, man könne auch sagen Skandalproduzent sei, müsse der Reichstag um so mehr auf den Schutz der Presse bedacht sein. — Geh. Rath v. Lenthe: Die Herren, welche sich für das Zustandekommen dieses Gesetzes interessiren, hätten keinen Anlaß, diese Fragen, über die 1876 das bekannte Kompromiß beschlossen wurde, wieder von Neuem aufzunehmen. Damals schon sprachen sich die Regierungen entschieden dagegen aus, die Zuständigkeit der Schwurgerichte für Preßvergehen auch auf das ganze Reich auszudehnen, und dieser Standpunkt der Regierungen hat sich seitdem nicht geändert. Etwa vorgekommene Mißgriffe bei Aburtheilung solcher Vergehen könnten doch kein Grund sein, die Sache von Grund aus zu ändern. Ebenso wie die Geschworenen sähen auch die ordentlichen Richter es als ihre höchste Ehre an, unparteiisch zu urtheilen, und parteiisch beeinflußt können auch die Geschworenen sein, wenn auch vielleicht nur unbewußt. Ich bitte, im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes, den Antrag Beckh abzulehnen. — Abg. Frohme (Soz.): Wir begnügen uns nicht mit den Preßvergehen, wir wollen sämmtliche politischen Vergehen von den Schwurgerichten abgeurtheilt wissen. Es ist das um so nothwendiger, als in letzter Zeit die Abhängigkeit der Beamten eine immer größere geworden ist, dieselben sollen nur thun und lassen, was und wie es die Regierung will. Wie der neue Ministerialerlaß, nach welchem die Beamten nicht mehr an Bestrebungen gegen Maßnahmen der Regierung theilnehmen dürfen, beweist, ist man dort schon dahin gekommen, Preßerzeugnisse, die man nicht anders fassen konnte, unter den Paragraphen des groben Unfugs zu bringen. Die Richterkollegien sind geradezu als Oberzensurbehörden über die Presse gesetzt worden. Am allerwenigsten ist man meiner Partei gegenüber skrupulös gewesen. — Abg. Günther (nat.-lib.) legt Verwahrung ein gegen die Art, wie der Vorredner die Unabhängigkeit der Richter angezweifelt habe. Die Richter urtheilten nach Recht und Gerechtigkeit und kümmerten sich nicht um die öffentliche Meinung (Bravo.) — Abg. Conrad (südd. Volksp.) rügt die Haarspaltereien in reichsgerichtlichen Erkenntnissen, vor denen der gesunde Menschenverstand sich bekreuzigen müsse. Es liege die reaktionäre Absicht vor, die Schwurgerichte als Volksgerichte in Verruf zu bringen. Er und seine Freunde würden auf jeden Fall für den Antrag Beckh stimmen. — Abg. Träger (freis. Volksp.): Die Berufung, so lieb sie uns ist, ist doch nur ein Phantom, wenn die Garantien für ein gutes Strafverfahren verkürzt werden. Die Schwurgerichte sollen den starren Buchstaben mit den Anforderungen des bürgerlichen Lebens versöhnen und gerade deshalb gehören auch die Preßvergehen vorzugsweise vor die Schwurgerichte. Die Rechtsprechung muß mehr Fühlung mit der öffentlichen Meinung nehmen, das bezeugen die Urtheilssprüche — auch höchster Gerichtshöfe — über den groben Unfug Urtheile, welche dem gesunden Menschenverstand in's Gesicht schlagen. — Geh. Rath Lenthe: Die verbündeten Regierungen wollen mit ihrem Widerstand gegen den Antrag Munckel nur die allgemeinen Grundsätze aufrecht erhalten und nicht zu Gunsten der Presse eine Ausnahme machen. Die ordentlichen Gerichte sind mit allen Garantien der Unabhängigkeit umgeben; und wenn die „Hamb. Nachr." die Richter zum Kampf gegen die Unflutzpresse zu beeinflussen suchen, so sie dazu auffordern, so folgt daraus doch noch nicht, daß diese Aufforderung von Erfolg ist. — Abg. Stadthagen (Soz.): Wir verweisen alle politischen Vergehen an die Schwurgerichte. Ein Urtheil, wie das im Gummischlauch-Prozeß gefällte, würde kein Schwurgericht gefällt haben. — Abg. Günther (nat.-lib.): Der mehrerwähnte Staatsministerialerlaß verbiete den Beamten nicht, ihre politische Meinung zu äußern, sondern nur gegen Maßnahmen der Regierung zu agitiren. Würde Herr Stadthagen es sich gefallen lassen, wenn er Inhaber eines Geschäfts wäre, daß ein Untergebener gegen ihn agitirte? — Abg. Bebel (Soz.): Der Erlaß lasse den Beamten freilich das Denken, aber er unterdrücke bei ihm vollständig jede selbstständige Meinungsäußerung. Daß ein solcher Erlaß hier im Reichstag gebilligt werde, noch dazu von einem Mann, der dem Richterstand angehört, das beweise, wohin wir in Deutschland treiben. Redner tritt dann noch speziell für die Zuweisung der Preßvergehen an die Schwurgerichte ein. Bei diesen sei ein solcher Interpretations-Fanatismus, wie er sich bei den ordentlichen Richtern zeige, ausgeschlossen. Er erinnere an den dolus eventualis bei Majestätsbeleidigungen u. s. w. — Der Antrag Beckh wird abgelehnt. Neben der entscheidenden Linken stimmten für ihn auch Einzelne vom Centrum. — Die Restparagraphen des Gerichtsverfassungsgesetzes werden bis auf den von der Zuständigkeit der Schöffengerichte handelnden Paragraphen 27 angenommen, worauf Vertagung eintritt.

Berlin. Der Entwurf eines Handelsgesetzbuches nebst zugehörigem Einführungsgesetz ist dem Bundesrath zugegangen. Deutscherseits ist der Direktor der handelspolitischen Abtheilung des Auswärtigen Amtes, Geh. Rath Reichardt mit der Führung der Verhandlungen über die deutsch-russische Zollfrage betraut worden. Für die Berathung gewisser einzelner Fragen ist die Zuziehung von Delegirten der betheiligten inneren Ressorts vorbehalten. — Major Wißmann ist in den Ausschuß der deutschen Kolonialgesellschaft gewählt worden. — Die Besoldungserhöhungen der Reichsbeamten und Offiziere sind in dem neuen Haushalt-Etat nicht enthalten; es wird darüber eine besondere Vorlage eingehen. Eine solche wird auch über die Konvertirung der 4prozentigen Reichsanleihe in 3½prozentige erfolgen. — Der provisorische Börsenausschuß tritt am 19. d. M. im Reichsamt des Innern zusammen und wird zunächst mit folgenden Berathungsgegenständen sich zu befassen haben: 1. Entwurf von Bestimmungen betr. die Zulassung von Werthpapieren im Börsenhandel, 2. Eingabe des Bundes der Landwirthe wegen Neuordnung der inneren Normen an den deutschen Produktenbörsen, soweit die Eingabe an den Bundesrath gerichtet ist. — Zu den Behauptungen russischer und deutscher freisinniger Blätter über Concessionen, die Deutschland in vollpolitischer Hinsicht an Rußland in Aussicht gestellt habe, wird der „Kreuzztg." von genau informirter Seite berichtet, daß es sich dabei nur um russische Wünsche handeln könne, deren Erfüllung aber keineswegs eintreten könnte, im Gegentheil würde bei uns in maßgebenden Kreisen längst erwogen, das bestehende Contingent der Schweineeinfuhr allmählich eingehen zu lassen, das könne aber erst eintreten, wenn der durch den Fortfall der russischen Einfuhr entstehende Ausfall an Schweinen durch Hinleitung der einheimischen Thiere nach den deutschen Grenzgebieten gedeckt sei. Es dürfte sich ferner empfehlen, die im Grenzverkehr gestattete Einfuhr von 2 Kilo rohem Schweinefleisch dahin zu ändern, daß nur gekochtes Fleisch eingeführt werden darf. Die Berechtigung der Klage über die Einfuhr russischen Geflügels, besonders der Gänse, werde voll anerkannt; die Geflügelpest bilde in der That eine schon längst nicht mehr blos drohende Gefahr. Um Rußland jeden Grund zu dem Vorwurf, daß eine eventuelle Sperrung der deutschen Grenzen sich einseitig gegen dasselbe richte, zu nehmen, werde es sich wahrscheinlich empfehlen, die Sperre allgemein eintreten zu lassen.

Berlin. Dem Komitee, das sich zum Zweck der Vorbereitung der Feier des 100. Geburtstages Kaiser Wilhelm's I. in Berlin gebildet hat, ist Fürst Bismarck als Ehrenmitglied beigetreten. Aus allen Volkskreisen und Berufsklassen sind dem Komitee bereitwilligst Zusagen zur Mitwirkung bei den beabsichtigten festlichen Veranstaltungen zugegangen. — Sächsische Orden erhielten: Generalmajor Frhr. v. Gayl, Abtheilungschef im großen Generalstab, das Komthurkreuz 1. Klasse des Albrechtsordens; Oberstleutnant Frhr. von und zu Egloffstein, persönlicher Adjutant des Prinzen Albrecht von Preußen, Major v. Arnstadt, militärischer Begleiter der Prinzen Friedrich Heinrich und Johann Albrecht von Preußen, Generalarzt Dr. Heinzel und Generalarzt Dr. Stricker das Offizierkreuz desselben Ordens; Premierleutnant Frhr. v. d. Goltz, kommandirt zum Prinzen Albrecht von Preußen, das Ritterkreuz 2. Klasse desselben Ordens.

Berlin. In dem Prozeß Berliner Lithographeninnungen gegen 286 Lithographen, Steindrucker ꝛc. wegen Kontraktbruchs beim letzten Streik lautet das Urtheil gemäß dem Klageanspruch auf Verurtheilung der Beklagten zur Zahlung der festgesetzten Geldbuße an die klagbar gewordenen Firmen. — Der Kohlenhändler Bohlen aus Altona suchte gestern auf der Reise von Hamburg nach Berlin auf der Plattform eines Wagens 4. Klasse einen seiner Mitreisenden, einen Zuschneider aus Ungarn, ohne jeden Grund niederzuschießen. Bohlen, der mit seinem Reisegefährten, um Luft zu schöpfen, die Plattform des Wagens betreten hatte, unterhielt sich zunächst damit, daß er auf Leute, die sich in der Nähe des Bahnkörpers befanden, als Bahnwärter ꝛc. mit seinem scharfgeladenen Revolver schoß. Plötzlich setzte er seinem Gefährten den Revolver in der Herzgegend auf die Brust und drückte mit den Worten ab: „Ich muß mal versuchen, wie man einen Mann mit dem Revolver todtschießt." Die Kugel durchbohrte dem Anderen den dicken Winterpaletot und blieb an dem Notizbuche, welches in der linken Brusttasche aufbewahrt war, stecken. Nur diesem Umstande und der schlechten Beschaffenheit der Schießwaffe ist es zu verdanken, daß der Betreffende nicht schwer verletzt oder getödtet worden ist. Bohlen wurde unter sicherer Bewachung bis Berlin mitgenommen und ist hierselbst haftet worden. Er versuchte, sein Verhalten mit starker Trunkenheit zu entschuldigen und macht den Eindruck eines geistig normalen Menschen.

Bremen. Der norwegische Dampfer „Capella", von Bergen nach Hamburg unterwegs, ist bei Spiekeroog gestrandet. 11 Personen wurden durch das Rettungsboot „Emden" und 7 Personen durch das Rettungsboot „Frauenlob" gerettet. (Nach anderweitigen Nachrichten wären der Kapitän und ein Matrose ertrunken, die übrige Mannschaft gerettet.)

Wien. Ein Petersburger Zuschritt der „Polit. Korresp." führt aus, das russische Kabinet würde zu einer europäischen Konferenz oder zu einem Kongreß zur Regelung der Angelegenheit im

Triumph-Seife
Ein Stück die beste für Küche und Haushalt
Ferd. Fritze